

Die Taliban im Fokus Chinas und Russlands

Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan könnte das Verhältnis zwischen China und Russland ernsthaft auf die Probe stellen. Einerseits besteht die Möglichkeit der Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit, unter anderem in regionalen Sicherheitsangelegenheiten. Andererseits kann sich die Beziehung der beiden Staaten wegen divergierender Interessen aber auch verschlechtern.

Von Brian G. Carlson

Für China und Russland birgt die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan sowohl Chancen als auch Risiken. Angesichts der anhaltenden Machtposition der Taliban haben beide Länder ihre Beziehungen zu dieser Bewegung in den letzten Jahren gepflegt und könnten sie, in der Hoffnung, ihre eigenen Interessen zu wahren, als rechtmässige Regierung anerkennen. Für China und Russland stellen der Rückzug der US-Truppen und die Machtübernahme der Taliban eine Chance dar, das Ansehen der USA in der Welt zu schwächen, jegliche Möglichkeit einer langfristigen US-Militärpräsenz im Herzen Eurasiens zu verhindern und ihren eigenen Einfluss in der Region zu stärken. Zugleich beobachten beide Staaten die Risiken einer neuerlichen Instabilität und eines Wiederauflebens des Terrorismus in der Region mit grösster Aufmerksamkeit. Ungeachtet der sich nun bietenden Chancen könnte eine Taliban-Herrschaft in Afghanistan sich letztendlich als Bürde für beide Staaten erweisen.

Diese ähnlichen Perspektiven ermöglichen auch eine Zusammenarbeit und weitere Verbesserung des Verhältnisses zwischen China und Russland. Da sich seit dem Abzug der US-Truppen allerdings eine neue regionale Ordnung abzuzeichnen beginnt, könnten latente Spannungsherde, die die beiden Staaten bisher relativ problemlos in Schach gehalten haben, an



Der russische Präsident Wladimir Putin an einer Videokonferenz mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping, Juni 2021. *Alexei Nikolsy / Kremlin*

die Oberfläche gelangen und zu neuen Problemen führen. Aufgrund der geografischen Lage Afghanistans an der Schnittstelle von Zentral- und Südasiens besteht kein Zweifel daran, dass die Zukunft dieses Landes die Dynamik der chinesisch-russischen Beziehungen in beiden Regionen beeinflussen wird. Bemühungen zur Auflösung potenzieller Konfliktlinien, von denen viele auf den wachsenden Einfluss Chinas in der Region zurückzuführen sind, könnten sich als wichtiger Test für die Beziehung erweisen.

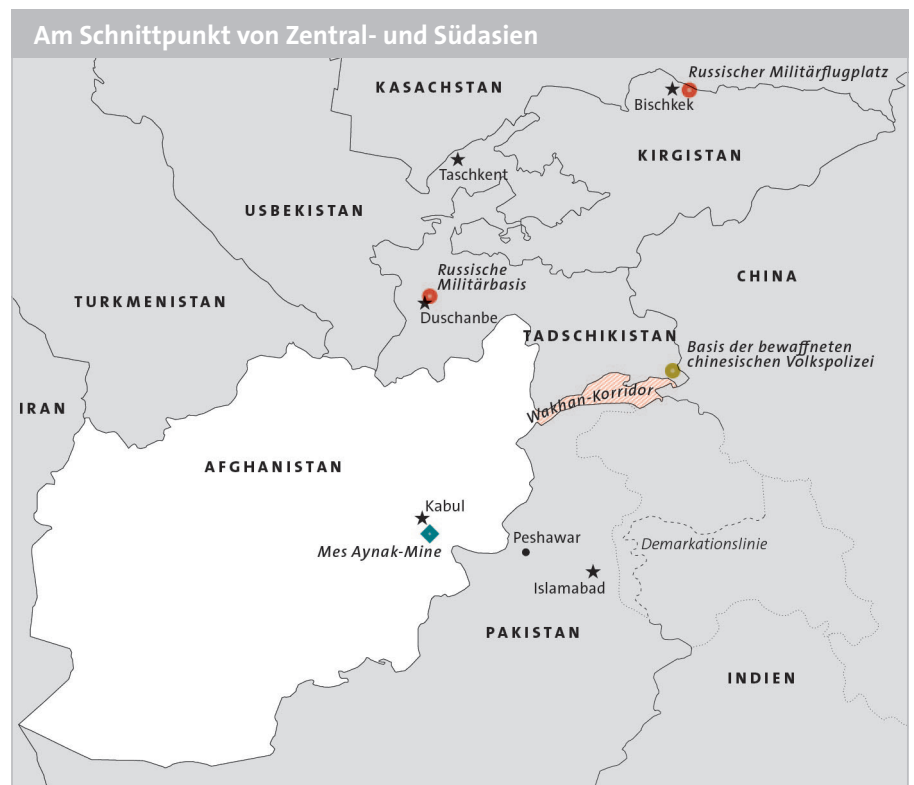
Chinas Interessen

Für China bietet sich nun die Möglichkeit, den eigenen Einfluss in Afghanistan und in der umliegenden Region zu vergrössern. Chinas höchste Priorität besteht darin, die Instabilität in der Region einzugrenzen und gegen Sicherheitsrisiken in seinen eigenen westlichen Gebieten vorzugehen. Insbesondere versucht China zu verhindern, dass die Situation in Afghanistan den Widerstand der Uiguren und anderer muslimischer Minderheiten gegen Chinas Herrschaft in Xinjiang Auftrieb verleiht.

Trotz der weltweiten Empörung über die Behandlung der muslimischen Bevölkerung in Xinjiang hat China Ende Juli eine Delegation hochrangiger Taliban-Vertretern empfangen. In seinem Bericht über dieses Treffen hielt das chinesische Außenministerium fest, dass die Taliban versprochen hätten, «es niemals zuzulassen, dass eine Partei auf afghanischem Territorium für China schädliche Handlungen vornimmt». Zuvor versprach ein Sprecher der Taliban im Juli, dass sie sich nicht in die «internen Angelegenheiten» Chinas einmischen würden. China erkannte die Taliban während ihrer früheren Herrschaft zwischen 1996 und 2001 zwar nicht an. Dies könnte sich nun ändern. So wie Russland begann China schon vor der jüngsten Machtübernahme, diplomatische Kontakte zu den Taliban zu knüpfen und empfing bereits 2019 eine frühere Delegation.

Neben dem Bestreben, die Sicherheit in den eigenen westlichen Regionen zu wahren, bietet sich China nun die Möglichkeit, wirtschaftliche Interessen in Afghanistan zu verfolgen. Schon 2008 erwarb ein chinesisches Unternehmenskonsortium eine Konzession für die Kupfermine in Mes Aynak. Afghanistan verfügt vermutlich über Bodenschätze im Wert von beinahe einer Billion USD, darunter auch Seltene Erden. China könnte Afghanistan auch in seine «Belt and Road Initiative» (BRI) einbinden. So könnte es beispielsweise eine Fernstrasse von Peshawar nach Kabul errichten, die Afghanistan an den «China-Pakistan Economic Corridor» (CPEC) anbinden würde. China hat bereits mit dem Bau einer Hauptverkehrsstrasse durch den Wakhan-Korridor begonnen, die Xinjiang mit Pakistan und Zentralasien verbinden wird. China könnte sogar versuchen, über Afghanistan eine Anbindung an den Iran und Südwestasien herzustellen. Die Taliban haben ihre Offenheit für chinesische Infrastrukturinvestitionen bereits signalisiert.

Derartige Investitionen setzen voraus, dass es sich bei Afghanistan um ein sicheres Umfeld handelt – eine eher unwahrscheinliche Perspektive. Im Juli fielen neun Personen chinesischer Nationalität einem Terroranschlag in Pakistan zum Opfer. Dies macht die Risiken ersichtlich, denen China in Afghanistan ausgesetzt ist. Bei der Verteidigung seiner Interessen im Ausland hat China bisher gezögert, militärische Mittel ausserhalb seiner Landesgrenzen einzusetzen. Einer massiven Einmischung in die Sicherheitsbelange Afghanistans, dem berühmtesten «Friedhof der Grossmächte»,



dürfte China besonders vorsichtig gegenüberstehen. Die Sicherung der eigenen Grenzen ist zwar unabdingbar, doch die Errichtung einer weitläufigen Sicherheitspräsenz zum Schutz von Investitionen im Ausland ist ein heikleres Unterfangen. Schliesslich ist es denkbar, dass China aufgrund seiner Sicherheitsbedenken gar nicht oder nur stark eingeschränkt in Afghanistan investieren wird.

Russlands Interessen

Bei Russlands Zielen stehen sicherheitspolitische Überlegungen im Vordergrund. Als wichtigstes Ziel gilt die Sicherung von Afghanistans nördlichen Grenzen zu Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan. Dies ist notwendig, um Russlands eigene Südgrenze vor Instabilität zu schützen, wie zum Beispiel Aktivitäten des Islamischen Staats (IS) und Drogenhandel. Neben des Luftwaffenstützpunkts Kant in der Nähe von Bishkek in Kirgistan verfügt Russland über die Basis der 201. Infanteriedivision in und um Dushanbe in Tadschikistan. Dabei handelt es sich um mehrere Militäreinrichtungen mit 7,000 russischen Soldaten und damit um die grösste ausländische Militärbasis Russlands. Als die Taliban im August Territorium im Norden Afghanistans dazugewannen, hielt Russland auf tadschikischem Boden, nur etwa 20 Ki-

lometer von der afghanischen Grenze entfernt, gemeinsam mit Usbekistan und Tadschikistan Militärübungen ab, um die Entschlossenheit der drei Länder zu demonstrieren, die Sicherheit in der Region aufrecht zu erhalten. Russland versucht, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), zu deren sechs Mitgliedstaaten Tadschikistan zählt, dem aber Usbekistan und Turkmenistan nicht angehören, zu nutzen, um sich als wichtigster Garant für die Sicherheit in der Region zu profilieren.

Dieses Bestreben gilt allerdings nicht für das Staatsgebiet Afghanistans. Die sowjetische Besetzung Afghanistans von 1979 bis 1989, die mit einem demütigenden Rückzug endete, ist Russland schmerzhaft in Erinnerung geblieben. Russland möchte weder in Afghanistans interne Sicherheitsangelegenheiten involviert werden, noch verfolgt es Interessen, die dies erforderlich machen würden. Im Laufe der letzten Jahre baute Russland diplomatische Kontakte mit den Taliban auf und setzte schliesslich einen parallelen Friedensprozess in Gang, in den Vertreter der Taliban trotz des weiterhin bestehenden Verbots der Bewegung auf russischem Staatsgebiet miteinbezogen wurden. Nun hegt Russland die Hoffnung, seine Interessen durch starke Beziehungen

zu den Taliban schützen zu können. Im Gegensatz zu China verfügt Russland nicht über die finanziellen Ressourcen, um in Afghanistan oder in der umliegenden Region umfangreiche Investitionen tätigen zu können. Angesichts von Chinas langjährigem Einfluss auf Pakistan und seinem potenziellen neuen Einfluss auf die Taliban könnte Russlands regionale Politik in Zukunft zudem massgeblich von der Zusammenarbeit mit China abhängen.

Aussicht auf Zusammenarbeit

Die Basis für solch eine Zusammenarbeit ist vorhanden. Was politische Rhetorik anbelangt, griffen sowohl China als auch Russland die jüngsten Ereignisse auf, um die USA zu diskreditieren. Als der Sieg der Taliban sich abzeichnete und schliesslich eintrat, kritisierten beide Länder die USA für die Misserfolge in Afghanistan in den letzten 20 Jahren, unter anderem für den chaotischen Rückzug der USA. Diese Misserfolge würden das Engagement der USA für ihre Verbündeten und jeglichen Anspruch auf eine globale Führungsrolle unglaubwürdig machen. Obgleich China und Russland den Beitrag, den die USA mit ihren Interventionen zur Stabilität in der Region und zur Bekämpfung des Terrorismus leisteten, anerkannten, versuchten sie, eine unbefristete Militärpräsenz der USA in der Region zu verhindern. Mit der Schliessung der US-Militärbasen in Usbekistan 2005 und in Kirgistan 2014 haben sie dieses Ziel schon vor Jahren weitgehend erreicht. Es wird berichtet, der russische Präsident Vladimir Putin habe dem amerikanischen Präsidenten Joe Biden während des Gipfeltreffens am 16. Juni in Genf gesagt, dass Russland gegen die Errichtung von US-Militärbasen in Zentralasien sei und dass China dies ebenfalls ablehnen würde. Putin soll angeboten haben, die Stationierung von US-Streitkräften in russischen Basen in der Region zu gestatten. Es bleibt allerdings unklar, ob dieses Angebot ernst gemeint war.

Nach dem Rückzug der USA aus Afghanistan könnte die Aussicht auf ein Wiederaufflammen der Instabilität in der Region förderlich für eine Zusammenarbeit zwischen China und Russland werden. Als der Sieg der Taliban im August in greifbare Nähe rückte, nahmen russische Streitkräfte erstmals an chinesischen Militärübungen auf chinesischem Territorium teil («*Joint Western-2021*»). Diese Übungen wurden in der Region Ningxia abgehalten und konzentrierten sich auf Terrorismusbekämpfung. Im September führten Russland und China unter der Schirmherrschaft der

Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) auf russischem Staatsgebiet in der Nähe der Grenze zu Kasachstan gemeinsame Militärübungen durch («*Peace Mission 2021*»). Auch Anti-Terror-Übungen waren Teil dieser Manöver. Unter der Federführung der SOZ haben Russland und China bereits seit 2005 gemeinsame Militärübungen abgehalten, viele davon mit Fokus auf Terrorismusbekämpfung. Sollte sich die Lage in der Region destabilisieren und möglicherweise sogar eine terroristische Bedrohung von Afghanistan ausgehen, könnten China und Russland von diesen Erfahrungen profitieren, um eine gemeinsame Militärintervention in Zentralasien zu starten.

China und Russland könnten ihre Aktionen auch über die SOZ zu koordinieren versuchen, die nach wie vor ihr ursprüngliches Ziel verfolgt, nämlich die Bekämpfung der sogenannten «drei Übel» Separatismus, Extremismus und Terrorismus. Staats- und Regierungschefs der SOZ-Staaten, die beim hybriden Gipfeltreffen in Duschanbe im September zusammentrafen, sorgten für Schlagzeilen, indem sie Irans Antrag auf eine Vollmitgliedschaft zustimmten. In der Schlussklärung des Gipfeltreffens wurde zu Stabilität in Afghanistan sowie zur Bildung einer Regierung aufgerufen, die alle ethnischen, religiösen und politischen Gruppierungen im Land vertreten solle. Nichtsdestotrotz wird es für die SOZ nicht einfach werden, eine gemeinsame Afghanistan-Strategie zu entwickeln, insbesondere nachdem die rivalisierenden Staaten Indien und Pakistan 2017 als Vollmitglieder aufgenommen wurden. Mitgliedsstaaten behandeln regionale Angelegenheiten und ihre Beziehungen zueinander weiterhin überwiegend auf bilateraler Ebene.

Einfluss in Zentralasien

Trotz dieser Chancen für eine chinesisch-russische Zusammenarbeit könnten latente Spannungen im Zusammenhang mit Zentral- und Südasien sichtbar werden. Ungeachtet der stetigen Annäherung zwischen China und Russland in der Zeit nach dem Kalten Krieg hat sich Zentralasien schon immer als potenzieller Konfliktherd abgezeichnet. Russland würde gerne die Rolle des dominanten Akteurs in der Region einnehmen, sieht seinen Status allerdings durch Chinas kontinuierlich wachsenden Einfluss gefährdet. Bis jetzt haben die beiden Staaten die Situation allerdings relativ gut im Griff. 2015 einigten sie sich darauf, die von Russland angeführte Eurasische Wirtschaftsunion an den Seidenstrassen-

Wirtschaftsgürtel, die kontinentale Säule der BRI, anzubinden. China war bestrebt, Russland und die Staaten Zentralasiens davon zu überzeugen, dass im Vordergrund seiner Interessen nicht die politische Kontrolle über die Region, sondern wirtschaftliche Entwicklung und Vernetzung stünden. Nach gängiger Auffassung besteht zwischen China und Russland eine stillschweigende Abmachung darüber, wie die Rollen in der Region zu verteilen sind: Russland bleibt der wichtigste externe Garant für Sicherheit, während China die wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt.

Diese Darstellung wirkte allerdings nie wirklich überzeugend. Es war schon immer davon auszugehen, dass China, dessen wirtschaftliche Interessen in der Region zunahmen, an politischem Einfluss gewinnen und Gründe finden würde, seine sicherheitspolitische Position auszuweiten. Bereits 2016 begann China, mit Pakistan, Tadschikistan und der vorherigen Regierung Afghanistans zu kooperieren, um die Sicherheit in der Region zu sichern. Experten chinesischer *Think-Tanks* sollen sich bereits mit ihren russischen Pendanten in Verbindung gesetzt haben, um Chinas Absichten in diesem Zusammenhang zu erläutern. Lange Zeit bemühte sich China um die Sicherung seiner 91 Kilometer langen Grenze zu Afghanistan am östlichen Ende des Wakhan-Korridors sowie seiner 477 Kilometer langen Grenze zu Tadschikistan, einem potenziellen Durchgangsland für aus Afghanistan kommende Extremisten oder Terroristen. In den letzten Jahren half China Tadschikistan dabei, Grenzübergänge an der afghanischen Grenze zu errichten und zu verstärken, stärkte die Fähigkeiten der pakistanischen Sicherheitskräfte und baute einen Stützpunkt für afghanische Truppen in den Bergen Badachschan in der Nähe des Wakhan-Korridors auf. Zudem errichtete China in Tadschikistan einen Stützpunkt der Bewaffneten Volkspolizei (PAP). Auch in Afghanistan soll China einen Stützpunkt aufgebaut haben, was China jedoch nie bestätigt hat.

Diese Aktivitäten bargen Konfliktpotenzial für die Beziehung zu Russland. Allerdings muss hinter Chinas sicherheitspolitischen Bemühungen mit Pakistan und Tadschikistan, und nun auch mit den Taliban, nicht unbedingt die Absicht stecken, Russland als Sicherheitsakteur in der Region zu verdrängen. Vielmehr verfolgt China das Ziel, die Sicherheit in jenem Gebiet zu wahren, das ihm am wichtigsten ist, nämlich in seiner westlichen Grenzregion. Statt

der Aufteilung der Aufgaben in wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Bereiche könnten China und Russland sich die Arbeit innerhalb des Sicherheitsgebiets aufteilen, etwa indem sich jeder Staat auf bestimmte Gebiete konzentriert. Mit solch einem Übereinkommen wäre es denkbar, dass Russland Chinas Bemühungen, seine eigenen Grenzen in Zusammenarbeit mit benachbarten Staaten zu sichern, akzeptiert. Langfristig könnte China seine regionale Sicherheitspräsenz allerdings so ausbauen, dass Russlands Position geschwächt würde. Die Frage, wie Russland dazu stehen würde, wenn China seine Sicherheitspräsenz in der Region nicht nur zum Schutz seiner eigenen Grenzen, sondern auch zum Schutz weit gestreuter Investitionen signifikant ausweiten würde, bleibt allerdings unbeantwortet.

Diplomatische Härte in Südasiens

Die jüngsten Entwicklungen könnten auch zu Spannungen in Südasiens führen. Schon seit Jahren versucht Russland, das Dreieck Russland-Indien-China zu stärken. Einerseits, um ein Gegengewicht zum Westen zu schaffen, und andererseits, um dank Indien ein subtiles Gleichgewicht im Verhältnis zu China zu erlangen. Diese Bemühungen haben den hochfliegenden Erwartungen jedoch nicht entsprochen und sind unter den wachsenden Spannungen zwischen China und Indien vermehrt unter Druck geraten. Dies bringt Russland in eine unangenehme Lage. Russland ist zwar an einer Aufrechterhaltung der engen Beziehungen zu Indien interessiert, kritisierte aber Indiens Beteiligung an der US-geführten indopazifischen Strategie sowie die sicherheitspolitisch ausgerichtete Quad-Gruppe, der auch die Vereinigten Staaten, Japan und Australien angehören.

Der Sieg der Taliban in Afghanistan könnte zu einer Verschärfung dieser Spannungen führen. Indien war ein entschiedener Befürworter der vorherigen Regierung Afghanistans und stand sowohl Russlands Bemühungen der letzten Jahre, die Taliban zu stärken, als auch dem damit zusammenhängenden Einbezug Pakistans ablehnend gegenüber. Indische Behörden befürchten nun, dass China in Zusammenarbeit mit

seinem «Allwetter-Verbündeten» Pakistan seinen Einfluss in Afghanistan auf Kosten Indiens vergrössern wird. Chinas Versuche, Afghanistan an die BRI und den CPEC anzubinden – Initiativen, die Indien ablehnt – könnten Indien zusätzlich verunsichern. Vor dem Hintergrund der engen Beziehungen zwischen Pakistan und den Taliban, Chinas Einfluss in Pakistan und Chinas sehr wahrscheinliches Bestreben, über Pakistan Kontrolle über die Taliban auszuüben, muss Russland darüber hinaus seine regionalen Strategien womöglich mit allen drei Akteuren koordinieren. Diese Tendenzen könnten begünstigen, dass Russland in eine informelle, der Quad-Gruppe entgegengesetzte Gruppierung mit China, Pakistan und dem Iran gerät. Diplomaten dieser vier Staaten kamen bemerkenswerterweise am Rande des Gipfels in Duschanbe in der so genannten PIRC-Gruppierung zusammen, um in erster Linie über Afghanistan zu beraten.

Chinesisch-russische Beziehungen

Für Russland wäre solch ein Ergebnis nicht ideal. Russland würde lieber eine unabhängige Aussenpolitik betreiben und dabei unter Bewahrung der engen Beziehungen zu Indien die Führungsrolle in Zentralasien übernehmen. Derzeit hat die Beziehung zu China jedoch oberste Priorität für Russland, was das Erreichen dieser anderen Ziele erschwert. Dieses Problem könnte sich nach der Machtübernahme der Taliban verschärfen und die chinesisch-russischen Beziehungen möglicherweise belasten. In näherer Zukunft werden beide Staaten jedoch an ihrer Partnerschaft festhalten, was auf ihr gemeinsames Bestreben schliessen lässt, diese und mögliche andere Spannungsherde unter Kontrolle zu halten.

Aus der Perspektive des Westens ruft dies das Schreckgespenst einer chinesisch-russischen Vorherrschaft in Zentralasien auf den Plan – ein Zustand, den westliche Entscheidungsträger und Strategen zu vermeiden suchen. Die US-Regierung unter dem ehemaligen Präsidenten George W. Bush rief die *Greater Central Asia* Strategie ins Leben, deren Ziel darin bestand, Afghanistan zu stabilisieren und den Staaten Zentralasiens dadurch den Ausbau ihrer

wirtschaftlichen Beziehungen zu Südasiens zu ermöglichen. Dies hätte den zentralasiatischen Binnenstaaten wertvolle wirtschaftliche und strategische Möglichkeiten geboten, was dazu geführt hätte, dass sie dem Druck Russlands und Chinas besser hätten standhalten können. Wegen mangelnder politischer Unterstützung und unzureichenden finanziellen Investitionen wurde diese Vision jedoch nie zur Tatsache und ist heute weiter von der Realität entfernt als jemals zuvor seit 2001. Trotz des Bestrebens der Staaten Zentralasiens, ihre Unabhängigkeit in aussenpolitischen Belangen zu bewahren, sehen sie sich einer wachsenden Abhängigkeit von Russland und China gegenüber.

Die wachsende diplomatische Härte in Südasiens könnte zudem zu Frustration unter westlichen Staaten führen, die versuchen, Russland von China fernzuhalten. Die Hoffnung auf einen solchen Spielzug ist zum Teil in Russlands starkem Bestreben begründet, durch Vertiefung der Beziehungen zu einigen von Chinas Gegenspielern wie Indien, Japan und Vietnam diplomatische Flexibilität zu bewahren, statt sein Schicksal komplett von China abhängig zu machen. Durch die Machtübernahme der Taliban werden Russlands Beziehungen zu Indien noch zusätzlich belastet. Auf lange Sicht könnte Russland eventuell zu dem Schluss kommen, dass enge Beziehungen zu China eine übermässige Abhängigkeit schaffen, Russlands aussenpolitische Möglichkeiten unverhältnismässig einschränken und unliebsame Zugeständnisse in Regionen wie Zentralasien nötig machen. In naher Zukunft dürfte ein solches Umschwenken allerdings sehr unwahrscheinlich sein.

Für mehr zu Militärdoktrin und Rüstungsbeschaffung, siehe [CSS Themenseite](#).

Brian G. Carlson leitet das Team «Global Security» am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeberin: Névine Schepers
Lektorat: Fabien Merz
Layout und Grafiken: Rosa Guggenheim, Miriam Dahinden-Ganzoni

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Ukraine, Georgien und Moldau zwischen Ost und West Nr. 293
Kampfboter: Realität oder Science-Fiction? Nr. 292
Europäische Kampfflugzeug-Programme Nr. 291
Klimawandel in den Schweizer Alpen Nr. 290
Irak: Die Vergangenheit bleibt präsent Nr. 289
Christlicher Nationalismus in den USA Nr. 288

© 2021 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000513224